

# TABEAS TÄTIGKEITSBERICHT



## Liebe Freundinnen und Freunde,

Business as usual gab es 2020 nicht. Corona hat das Land überzogen, uns aber nie gelähmt. Obwohl viele Veranstaltungen ausfielen, habe ich selten so viele Termine gehabt. Wir alle treffen uns inzwischen ganz normal digital. Meinem Themenschwerpunkt Digitalisierung hat die Pandemie einen ordentlichen Schub versetzt und gleichzeitig aufgezeigt, wie groß die Defizite sind: Vielen fehlt der Breitbandanschluss oder ein Endgerät, um digital an Unterricht oder Veranstaltungen teilzunehmen.

Mir kommt bei so viel digitaler Kommunikation aber das Zwischenmenschliche oft zu kurz, der Schnack am Kaffeeautomaten oder die Bürorunde, in der wir immer viel zusammen lachen. Zwei Mitarbeiterinnen habe ich seit März nicht mehr live gesehen. Aber trotz der Krise geben mein Team und ich weiter unser Bestes, gute Politik zu machen!

Manche trifft Corona besonders hart: Der verheerende Brand von Moria hat die Öffentlichkeit wachgerüttelt. Unser Antrag, den Bundesländern die Aufnahme der Flüchtlinge zu ermöglichen, lehnten Koalition, FDP und AfD ab. Diese Kaltherzigkeit schockiert.

Die Klima-Krise pausiert nicht. Trotzdem ist die Bundesregierung unserer Forderung nicht gefolgt, Hilfgelder für große Konzerne an Bedingungen für mehr Klimaschutz zu knüpfen. Gut, dass die Aktivist\*innen wieder auf die Straße gingen. Bei der anstehenden EEG-Novelle werden wir dafür kämpfen, dass der Ausbau der Erneuerbaren Energien endlich wieder vorankommt.

Manche Gesetzesvorhaben wie die Einführung eines Lobbyregisters werden mit Hinweis auf Corona verschoben, andere wie das Passgesetz schnell durchgewunken. Statt einer Wahlrechtsreform gab es nur ein Reförmchen. Und das Gesetz gegen Hasskriminalität und Rechtsextremismus ist so grundrechtswidrig, dass selbst der Bundespräsident die Ausfertigung verwehrt. Das zeigt: Diese Bundesregierung hat fertig.

Nächstes Jahr haben wir die Chance, das Ruder in Berlin zu übernehmen und unsere Beteiligung in der Landesregierung auszubauen. Dafür will ich mit Euch kämpfen!

Herzlichst Eure

# 2020

## Bundespolitik

Die Corona-Krise hat die Politik bestimmt. Bei den weitreichenden Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie haben wir GRÜNE uns immer dafür stark gemacht, dass weder Grundrechte noch einzelne gesellschaftliche Gruppen auf der Strecke bleiben. Neben den Änderungen des Infektionsschutzgesetzes gab es viele Themen: von Verbraucherrechten bei Stornierungen von Reisen und Veranstaltungen über Privatinsolvenzen bis hin zur Entwicklung der Corona-App.

Als Mitglied im Kultur- und Medienausschuss hat mich vor allem die Situation der vielen Solo-Selbstständigen, Kreativen, Medien- und Kulturschaffenden beschäftigt, deren Einnahmen von jetzt auf gleich komplett wegbrachen und bei denen die Soforthilfen der Bundesregierung überhaupt nicht ankamen. Solo-Selbstständige und Kreative in die Grundsicherung zu schicken, halte ich nach wie vor für eine Zumutung, denn sie sind ja nicht arbeitslos, nur können sie ihren Beruf wegen der Pandemie nicht ausüben. In einem Antrag fordern wir einen fiktiven Unternehmerlohn, den Betroffene zum Decken ihrer Lebenshaltungskosten verwenden können, ohne hohe bürokratische Hürden überwinden zu müssen.



KI-Kongress der Bundestagsfraktion in Berlin

Auch die Situation der Kulturstätten und Kinos ist katastrophal. Bereits vor Corona ging es Kinos in der Fläche schlecht, zu groß ist die Konkurrenz durch

Streaminganbieter. Damit die Branche nicht ins Bodenlose fällt, müssen die Hilfen auch wirklich greifen. Es braucht schnelle und unbürokratische Gelder, um Kulturrorte so auszustatten, dass sie während der Corona-Pandemie öffnen können. Das habe ich in Ausschuss und Fachgesprächen eingefordert. Wir können es uns nicht leisten, unsere Kulturszene aufs Spiel zu setzen, denn die kulturelle Vielfalt ist wichtig für unsere Demokratie.

## Verbraucherschutz

Als Reaktion auf die coronabedingten Absagen von Veranstaltungen und Konzerten wollte die Bundesregierung eine verpflichtende Gutscheinelösung einführen. Weil solche Zwangsgutscheine einseitig zu Lasten der Verbraucher\*innen gehen, habe ich mich für eine ausgewogenere freiwillige Gutscheinelösung eingesetzt und einen eigenen Antrag in den Bundestag eingebracht. Wenigstens finanziell schwächere Gruppen wie Schüler\*innen, Studierende, Auszubildende und Freiwilligendienstleister\*innen wollten wir GRÜNE von der Regelung ausnehmen. Die Bundesregierung hat unsere Vorschläge ignoriert und ihr Gesetz durchgeboxt. Der Verbraucherschutz darf aber auch in Zeiten von Corona nicht aufgeweicht werden.

Bei den aktuellen Inkasso-Regelungen sehen sich die Verbraucher\*innen gerade bei kleineren Beträgen, über die sie in Verzug kommen, mit unverhältnismäßig hohen Kosten konfrontiert, und das gerade jetzt in der Krise. Trotz groß angekündigter Verbesserungen bringt der Gesetzentwurf der Bundesregierung aber keine entscheidende Entlastung für die Verbraucher\*innen. Ich setze mich daher auch weiterhin gegen derartige Kostenfallen ein.

Im Internet Verträge abschließen ist leicht, sie zu kündigen dagegen oft unnötig kompliziert. Mit meinem Antrag „Klick rein, klick raus“ fordere ich einen elektronischen Kündigungsbutton, damit die Verbraucher\*innen schnell und unkompliziert wieder aus ihren Verträgen rauskommen. Zudem sieht der Antrag eine klar ersichtliche Empfangsadresse und

eine automatische Empfangsbestätigung bei digitalen Vertragskündigungen vor.

## Netpolitik

Während des Lockdowns im Frühjahr habe ich als Leiterin der AG Digitalpolitik der grünen Bundestagsfraktion die Erarbeitung eines Impulspapiers koordiniert, in dem wir unsere Ideen für digitale Lösungen in der Krise formuliert haben. Im Zentrum stand auch die Corona-Warn-App. Ich sehe es als einen Erfolg der intensiven Debatte, dass die App in einer datenschutzfreundlichen Version und auf freier Software basierend entwickelt wurde. Nun muss auch die angeschlossene Infrastruktur schnellstens digitalisiert werden.

Bereits seit vergangenem Jahr habe ich an Vorschlägen gearbeitet, wie wir als Gesellschaft den stetig wachsenden Berg an Elektroschrott reduzieren können. Allein in Deutschland fallen jedes Jahr 19,4 Kilogramm Elektroschrott pro Kopf an. Viele Geräte verfügen nur über eine kurze Verwendungsdauer oder werden durch fehlende Software-Updates unbenutzbar, was Verbraucher\*innen ärgert und die Umwelt belastet. Mit meinem Antrag „Elektroschrott vermeiden – Recht auf Reparatur“ fordere ich unter anderem verbindliche Designvorgaben, um elektro-nische Geräte möglichst langlebig, reparierbar und recyclingfähig zu gestalten.

Nach zwei Jahren und intensiven Debatten neigt sich die Arbeit der interfraktionellen Enquete-Kommission „Künstliche Intelligenz“ dem Ende zu. Für mich ist wichtig, dass auch zukünftig der Mensch immer im Zentrum stehen muss. Ich hoffe nun, dass die Bundesregierung die ausgearbeiteten Handlungsempfehlungen nicht in der Schublade verstauben lässt und entsprechende Regulierungen angeht.

Auf zahlreichen Podiumsdiskussionen und im Austausch mit Verbänden und Initiativen habe ich das Jahr über die grünen Positionen in der Digitalpolitik vertreten und mich mit Interessierten zu IT-Sicher-

heit, sicheren digitalen Identitäten oder Datenökonomie ausgetauscht – ein sehr weites Feld.

Für die Umsetzung der europäischen Urheberrechtsreform in deutsches Recht haben wir Anfang des Jahres ein Gutachten veröffentlicht, mit dem wir Alternativen zum Einsatz von Upload-Filtern aufzeigen. Ich streite für eine ausgewogene Lösung, die sowohl den Interessen der Nutzer\*innen als auch den Rechteinhaber\*innen gerecht wird.



## Film- und Kulturpolitik

Klimaschutz ist inzwischen in aller Munde. Auch die Filmbranche will ihren Beitrag leisten und nachhaltig produzieren. Dafür braucht sie aber Unterstützung, denn die Anschaffungskosten für klimafreundliche Technik beispielsweise sind sehr hoch. Zur Berlinale konnte ich mein Positionspapier „Grüner wird's nicht von allein – Mehr Nachhaltigkeit in Kino und Filmproduktion“ präsentieren. Nachhaltigkeit meint aber nicht nur Ökologie. So kämpfe ich weiterhin auch für Geschlechtergerechtigkeit. Gerade im Filmbereich ist es leider noch Fakt, dass Frauen oft an eine gläserne Decke stoßen. Große Budgets traut man eher ihren männlichen Kollegen zu, und dem Publikum werden so seltener weibliche Perspektiven auf der Leinwand geboten. Damit muss Schluss sein.

Beim öffentlich-rechtlichen Rundfunk dreht sich gerade alles um den Rundfunkbeitrag. Sachsen-Anhalt verhindert die Anhebung des Beitrags und damit eine angemessene finanzielle Ausstattung. Gleichzeitig verweigern die Ministerpräsident\*innen die dringend

notwendige Reform. Das ist fahrlässig. Angesichts von Verschwörungstheorien, Desinformation und Corona-Krise wird der Wert eines verlässlichen und nach hohen journalistischen Standards arbeitenden öffentlich-rechtlichen Rundfunks für eine informierte Bevölkerung sichtbar. Ende des Jahres wird mein Antrag im Kultur- und Medienausschuss und dann hoffentlich mit vielen Reformvorschlägen auch im Bundestag debattiert.

## Rheinland-Pfalz

Die Schwierigkeiten beim Homeschooling während des Lockdowns haben deutlich gezeigt, dass die Gelder des Digitalpakts nur sehr schleppend die Schulen erreichen. Mit meiner Laptopspendenaktion konnte ich gleich zwei Probleme angehen: Alte Laptops und Tablets einer weiteren Nutzung zuführen und so verhindern, dass sie als Elektroschrott enden, und vielen Schüler\*innen helfen, denen Endgeräte für den digitalen Unterricht fehlten. Über 200 Geräte konnte ich bereits weitergeben, und ich freue mich, dass die Aktion an anderen Orten Nachahmung gefunden hat.



Laptopübergabe an drei Geschwister in Mainz

Auf meine diesjährige Sommertour durch Rheinland-Pfalz unter dem Motto „nachhaltig und digital“ blicke ich mit Freude zurück: Unser Bundesland ist grün! Es gibt so viele Engagierte wie nie zuvor mit einer Vielzahl an Ideen, wie wir den ökologischen Wandel gestalten und die Digitalisierung dazu nutzen können.

Kreativität war in diesem Pandemie-Jahr vor allem bei Kunst- und Kulturschaffenden gefragt.

Der gebeutelten Branche eine Stimme zu geben und sie zu unterstützen, war und ist mir sowohl auf Bundesebene als auch in Rheinland-Pfalz ein Herzensanliegen. So konnte ich bei meinem Kulturtalk in der Halle 45 mit Kulturschaffenden der Region gemeinsam über Lösungen diskutieren, als Schirmherrin des neu initiierten Kulturfestivals „Kultur im Park“ die Interessen von Kreativen vertreten und bei zahlreichen (Balkon)Konzerten den Austausch mit Musiker\*innen finden.

## Neues aus meinen Büros

In Berlin unterstützt mich seit September Theo Krause, der sein Freiwilliges Soziales Jahr Politik bei uns macht. Ich freue mich über diese neue Möglichkeit, einem jungen Menschen Einblicke in die Politik geben zu können! Traurig war ich über den Weggang meines Juristen Andreas Walter, der vor allem die Verbraucherpolitik betreute und nun sein Referendariat macht. Zum Glück konnte ich mit Ingrid Schweikert eine erfahrene Juristin gewinnen. Ein Personalwechsel während des Lockdowns war alles andere als einfach, ihren Einstieg hat sie aber bestens gemeistert. Ähnlich erging es Leonie Berner, die Johannes Schwarz im Wahlkreisbüro während seiner Elternzeit vertritt. Danke an das gesamte Team für die tolle Zusammenarbeit in diesen schwierigen Zeiten! Mit meinem Regionalbüro, das ich vor elf Jahren zusammen mit dem Kreisverband Kaiserslautern einrichtete, gab es in der Uni-Stadt nicht nur eine grüne Anlaufstelle, das Büro diente zwischenzeitlich als Treffpunkt für Aktionen und Demos gegen den damals geplanten Wiedereinstieg in die Atomkraft, als Klassenraum für Geflüchtete und Sammel- und Lagerort für gespendete Fahrräder. Daher habe ich es auch mit einem weinenden Auge Anfang des Jahres an Jutta Paulus MdEP übergeben. Eine breite Sicht- und Erreichbarkeit für die rheinlandpfälzischen Bürger\*innen auch über den Wahlkreis hinaus war mir immer wichtig. Ich werde natürlich auch weiterhin in Rheinland-Pfalz unterwegs sein und immer ein offenes Ohr für alle haben.